

## Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses am 18.09.2018

---

**Sitzungsort:** Rathaus, Raum 201, Fischmarkt 1,  
99084 Erfurt

**Beginn:** 17:00 Uhr

**Ende:** 18:08 Uhr

**Anwesende Mitglieder des Ausschusses:** Siehe Anwesenheitsliste

**Abwesende Mitglieder des Ausschusses:** Siehe Anwesenheitsliste

**Sitzungsleiter/in:** Herr Bausewein

**Schriftführer/in:** [REDACTED]

### Tagesordnung:

- | I.   | Öffentlicher Teil   | Drucksachen-<br>Nummer |
|------|---|------------------------|
| 1.   | Eröffnung und Begrüßung   |                        |
| 2.   | Änderungen zur Tagesordnung   |                        |
| 3.   | Dringliche Angelegenheiten  |                        |
| 3.1. | Dringliche Informationsaufforderung - Terminplanung für Ausschuss- und Stadtratssitzungen 2018 vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen für 2019/2020<br>BE: Herr Panse, Fraktion CDU<br>hinzugezogen: Beigeordnete für Finanzen | <b>1917/18</b>         |
| 4.   | Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom 05.09.2018   |                        |
| 4.1. | Demonstration in Marbach<br>BE: Fragesteller Herr Panse, Fraktion CDU<br>hinzugezogen:<br>Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft<br>Vertreter der Landespolizeiinspektion                                       | <b>1784/18</b>         |

- |        |  |                |
|--------|--|----------------|
| 4.1.1. | Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 05.09.2018 zum TOP 7.1.2 (DS 1784/18 - Dringliche Anfrage - Demonstration in Marbach) - Nachfrage<br>BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft                        | <b>1835/18</b> |
| 4.2.   | Kundgebung am 02.09.2018 in Erfurt OT Marbach<br>BE: Fragesteller Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.<br>hinzugezogen:<br>Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft<br>Vertreter der Landespolizeiinspektion           | <b>1792/18</b> |
| 4.3.   | Demo in Marbach gegen Moscheebau<br>BE: Fragestellerin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>hinzugezogen:<br>Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft<br>Vertreter der Landespolizeiinspektion     | <b>1798/18</b> |
| 5.     | Informationen  |                |
| 5.1.   | Antrag aus der öffentlichen Sitzung HAS vom 14.08.2018 - TOP 4.1. Dringliche Informationsaufforderung - Einschränkende Ausschreibungskriterien für den Bürgerrat (Drucksache 1613/18)<br>BE: Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport | <b>1696/18</b> |
| 5.2.   | Sonstige Informationen   |                |

I.	<b>Öffentlicher Teil</b>	<b>Drucksachen- Nummer</b>
----	--------------------------	--------------------------------

1.	<b>Eröffnung und Begrüßung</b>
----	--------------------------------

Der Oberbürgermeister eröffnete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses. Er stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2.	<b>Änderungen zur Tagesordnung</b>
----	------------------------------------

Der Oberbürgermeister informierte die Ausschussmitglieder über folgende dringliche Drucksache, die dem Ausschuss zur Beratung vorliegt:

- Drucksache 1917/18 Dringliche Informationsaufforderung – Terminplanung für die Ausschuss- und Stadtratssitzungen 2018 vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen für 2019/2020

Da die Mitglieder des Hauptausschusses keine Begründung der Dringlichkeit wünschten, stellte der Oberbürgermeister die Aufnahme der Drucksache 1917/ 19 zur Abstimmung.

**bestätigt    Ja 5    Nein 0            Enthalten 0            Befangen 0**

*Somit wurde die Drucksache in der Tagesordnung aufgenommen – siehe Tagesordnungspunkt 3.1.*

Des Weiteren informierte der Oberbürgermeister die Ausschussmitglieder darüber, dass ein Schreiben der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliegt, in dem um die Vertagung der Drucksache 1798/18 gebeten wird.

Frau Kleimenhagen, Fraktion DIE LINKE., bat im Auftrag von Herrn Bärwolff um die Vertagung der Drucksache 1792/19.

Der Oberbürgermeister stellte die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

**bestätigt    Ja 5    Nein 0            Enthalten 0            Befangen 0**

### **3.            Dringliche Angelegenheiten**

- 3.1.            Dringliche Informationsaufforderung - Terminplanung für    1917/18**  
**Ausschuss- und Stadtratssitzungen 2018 vor dem Hinter-**  
**grund der Haushaltsberatungen für 2019/2020**  
**BE: Herr Panse, Fraktion CDU**  
**hinzugezogen: Beigeordnete für Finanzen**

Es erfolgte eine Lesezeit von 5 Minuten.

Herr Panse, Fraktion CDU, äußerte aufgrund der Stellungnahme seine Verärgerung und hatte folgende Nachfragen:

- Wann wären die Stadtratsmitglieder darüber informiert worden?
- Wo kommen die hohen Fehlbeträge her?
- Welchen neuen Zeitplan gibt es für die Einbringung des Haushalts?
- Wie soll das Problem der Fehlbeträge gelöst werden.

Des Weiteren wies er darauf hin, dass eine verspätete Beschlussfassung des Haushaltes den Zeitpunkt der Ausschreibung für Baumaßnahmen nach hinten verschiebt und dieses wiederum zu höheren Baukosten führe.

Der Oberbürgermeister Herr Bausewein erklärte, dass der Sammelnachweis 1 unterfinanziert sei, die Baukosten gestiegen seien und die zu erfüllenden Aufgaben deutlich mehr geworden sind. Die Einnahmen zeigen einen positiven Trend, dagegen stünden allerdings hohe Ausgaben gegenüber, deren Höhe nicht immer zu beeinflussen sei. Er wies darauf hin, dass die von ihm vorgeschlagenen Einsparmöglichkeiten vom Stadtrat nicht beschlossen worden seien.

Frau Pablich, Beigeordnete Finanzen, äußerte ihre Unzufriedenheit mit der Situation. Sie wies darauf hin, dass die Steuerkraft der Landeshauptstadt Erfurt gut sei. Ausgabenseitig verwies sie auf die gestiegenen Personalkosten, die Sanierung der Kindergärten und Schulen, die Unterbringung der Flüchtlinge, die Ausstattung der Feuerwehren sowie die gestiegenen Kosten für die Bewachung und die Reinigung. Für die BUGA 2021 fallen ebenfalls hohe Kosten an. In Bezug auf die Teuerung erklärte Frau Pablich, dass diese nicht durch einen verspäteten Haushalt zustande kommt, da für die geplanten Projekte Verpflichtungsermächtigungen vorliegen.

Herr Bender, Fraktion BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, ob es möglich sei den Termin zur Vorlage des Haushaltsentwurfes einzugrenzen.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bildung, Soziales und Jugend, wies darauf hin, dass schon einige Anträge in die Planung des Haushaltsentwurfes eingeflossen sind. Sie wies darauf hin, dass den gesamten Sommer über am Haushaltsentwurf gearbeitet wurde und auch weiterhin eine intensive Diskussion erfolge.

#### **zur Kenntnis genommen**

#### **4. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom 05.09.2018**

- 4.1. Demonstration in Marbach 1784/18**  
**BE: Fragesteller Herr Panse, Fraktion CDU**  
**hinzugezogen:**  
**Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft**  
**Vertreter der Landespolizeiinspektion**

Der Tagesordnungspunkt 4.1 wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4.1.1 beraten.

Der Oberbürgermeister begrüßte die anwesenden Gäste und bat um das Rederecht für die Gäste. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Herr Panse, Fraktion CDU, erkundigte sich, wie die Situation vor Ort eingeschätzt wurde und warum kein Vertreter der Stadtverwaltung anwesend war. Er fragte: "Was machen wir

anders, wenn morgen wieder eine solche Veranstaltung geplant ist?" Er schlug vor, ein Szenario zu entwickeln, wie man zukünftige damit umgehe.

Der Vertreter der Polizei erklärte, dass die vier vorherigen Demonstrationen störungsfrei verlaufen seien. Daher wurde auch keine Veranlassung gesehen, dass die Ordnungsbehörde vor Ort sein muss. Des Weiteren war nicht bekannt, dass eine Landtagsabgeordnete des Freistaates Thüringen entlang der Demonstrationsstrecke wohne. Er wies darauf hin, dass genügend Einsatzkräfte der Polizei vor Ort waren. Die Akteure der Versammlung haben die Masken nur temporär getragen.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, bat darum, zukünftig bei den Anmeldungen einer Versammlung genauer zu hinterfragen, was das Ansinnen sei. Die gefühlte Angst der Bürger müsse ernst genommen werden.

Der Oberbürgermeister regte ebenfalls an, die Anmeldungen für Versammlungen genauer zu prüfen, um die Bedrohung von politisch handelnden Personen auszuschließen.

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass es einen Film auf youtube gäbe, worin zu sehen sei, wie gegen die Landtagsabgeordnete eine Drohung ausgesprochen wurde. Er bat darum, dieses zu bewerten. Des Weiteren hinterfragte er, ob aufgrund dieser Rede die verummten Personen identifiziert worden seien. Er schlug vor, zukünftig genauer zu prüfen und den Akteuren gegebenenfalls die Versammlung zu untersagen, sollten diese nicht alle Fakten offenlegen. Im Übrigen regte er an, dass die Versammlungsbehörde zukünftig vor Ort sein sollte, um gegebenenfalls einschreiten zu können. Er erkundigte sich, ob mittlerweile bekannt sei, wer die Drohrede gehalten hätte.

Herr Linnert, Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft wies darauf hin, dass der Versammlungsbehörde keine Daten zu Anwohnern entlang der Demonstrationsstrecke bekannt seien. Somit war auch nicht bekannt, dass an der Aufzugsstrecke eine Landtagsabgeordnete wohnt. Er erklärte, dass die Versammlungsbehörde nicht die Meinung zu einem Thema bewerten dürfte.

Der zuständige Abteilungsleiter für Gewerbe- und Aufsichtsangelegenheiten erklärte, dass mit der Akteurin, die die Versammlung angemeldet hatte, gesprochen wurde. Diese hätte geäußert, dass den Bewohnern von Marbach gezeigt werde sollte, was sie erwartet, wenn die Moschee gebaut werde. Er verwies auf das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit. Die Kundgebungsmittel wurden nicht genehmigt, sondern nicht untersagt. Hier musste zwischen der Versammlungsfreiheit und der Störung der Anwohner abgewogen werden. Die gesammelten Erfahrungen werde man bei den nächsten Anmeldungen zu einer Versammlung berücksichtigen. Er erklärte, dass im Fall der Drohrede eine Strafanzeige gestellt wurde und nun die Strafverfolgungsbehörde ihre Arbeit aufnehme.

**zur Kenntnis genommen**

- 4.1.1. Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 05.09.2018 1835/18  
zum TOP 7.1.2 (DS 1784/18 - Dringliche Anfrage - Demonstration in Marbach) - Nachfrage  
BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Der Tagesordnungspunkt 4.1.1. wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 beraten.

Siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

**zur Kenntnis genommen**

- 4.2. Kundgebung am 02.09.2018 in Erfurt OT Marbach 1792/18  
BE: Fragesteller Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.  
hinzugezogen:  
Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft  
Vertreter der Landespolizeiinspektion

Siehe Tagesordnungspunkt 2. Änderung der Tagesordnung.

**vertagt**

- 4.3. Demo in Marbach gegen Moscheebau 1798/18  
BE: Fragestellerin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
hinzugezogen:  
Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft  
Vertreter der Landespolizeiinspektion

Siehe Tagesordnungspunkt 2. Änderung der Tagesordnung.

**vertagt**

5. Informationen

- 5.1. Antrag aus der öffentlichen Sitzung HAS vom 14.08.2018 - 1696/18  
TOP 4.1. Dringliche Informationsaufforderung - Einschränk-  
kende Ausschreibungskriterien für den Bürgerrat (Druck-  
sache 1613/18)  
BE: Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport

Es lagen keine Fragen oder Anmerkungen vor.

zur Kenntnis genommen

5.2. Sonstige Informationen

Es lagen keine sonstigen Informationen vor.

gez. A. Bausewein  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführer/in